So ziemlich alles im rot-grünen Bereich

SPD und Grüne haben im ersten Teil der Wahlperiode etliches geschafft / Wie geht es bis 2016 weiter?

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Ganz hatte es nicht für eine Mehrheit gereicht. Und so mussten sich SPD und Grüne nach der Kommunalwahl 2011 einen Partner suchen, um den Ton im Rat anzugeben. Erst kletterte der parteilose Andreas Marx ins rotgrüne Boot, seit einem Jahr sichert Pirat Ortwin Regel den Ein-Stimmen-Vorsprung der Sozialdemokraten und Grünen. Die haben zur Halbzeit der fünfjährigen Wahlperiode Bilanz gezogen – und sind mit sich und den Ergebnissen ihrer Zusammenarbeit (siehe Kasten) zufrieden.

Doch wo hapert's, ist der Pirat ein Risiko, was soll noch bis 2016 passieren? Und wie steht es um das Verhältnis zu Oberbürgermeister Ingo Meyer, der schließlich auch von Rot-Grün aufs Kandidaten-Schild gehoben wurde?

- **OB:** Es war Meyers erste politische Schlappe – ausgerechnet das rotgrüne Lager verhindert die Senkung der Kita-Gebühren, die er im Wahlkampf versprochen hatte. Doch von Entfremdung keine Spur, versichern die Fraktionschefs Corinna Finke (SPD) und Ulrich Räbiger (Grüne). „Das war rein sachlich, das habe ich Herrn Meyer auch gesagt", betont Finke. Der Umgang sei angenehm. Mehr als das, lobt Räbiger: Meyer habe das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung verbessert. „Wir können wieder Mitarbeiter anrufen, bekommen Auskunft, sprechen miteinander. Das schafft Verständnis und Vertrauen."

Ihre Zahlen stimmen: Grünen-Chef Räbiger und SPD-Vorsitzende Finke sind mit ihrer Zusammenarbeit und deren Ergebnissen zufrieden. Foto: Moras

Und was ist mit der augenfälligen Nähe zwischen dem neuen OB und der CDU jüngst bei den Entscheidungen zur Kita-Gebühr und zum Grundschul-Konzept? Kein Grund zur Sorge für Rot-Grün, versichert Räbiger. Die Christdemokraten seien beim OB auch schon aufgelaufen, „da waren sie dann vergnatzt."

- **Der Pirat:** Ortwin Regels jüngste Twittereien (Bouffier-Hitler-Vergleich, CDU-Zentrale anstecken) haben der Mehrheitsgruppe negative Schlagzeilen beschert. Als Risiko empfinden Räbiger und Finke ihren Mehrheitsbeschaffer gleichwohl nicht. Aber auf der Hut sind sie schon: „Wir versuchen zu vermitteln, was geht und was nicht", umschreibt das Räbiger. Der allerdings Verständnis für Regel hat. Die Piraten hätten keine politische Erfahrung, ihnen fehle die politische Sozialisation – wie den Grünen in den 1980er Jahren. „Bei uns war damals ebenfalls nicht alles berauschend." Auch Finke ist sicher: Die Mehrheitsgruppe behält den Piraten an Bord. Und damit bis 2016 ihre Mehrheit.
- **Offene Vorhaben:** „Wenn wir über Anwohner-Parken in der Ost- und der Weststadt reden, müssen wir den Pendlern am Stadtrand P+R-Plätze anbieten – sonst haben wir dieselben Probleme wie am Kalenberger Graben", erklärt Räbiger. Finke sieht das Problem woanders: Es gebe schon P+R-Flächen, zum Beispiel am Kreisel und Südfriedhof. „Die nimmt nur keiner wahr."
- **Kurzstreckenticket, Sozialtarif:** Es gebe noch Gesprächsbedarf mit dem Stadtverkehr, räumen Räbiger und Finke ein. Beide Vorhaben hingen an der Finanzierung, schließlich habe der Rat das Defizit des SVHi gedeckelt.
- **Glückskarte:** Kinder aus Hartz-IV-Familien müssen für TfN, Museum und andere Angebote weniger Eintritt zahlen – vorausgesetzt, sie haben die Karte beantragt. Diese müsse die Betroffenen auch ohne Antrag automatisch erreichen, meinen SPD und Grüne: „Die Verwaltung muss offensiver sein."
- **Sonstiges:** Auf der rot-grünen Liste stehen zudem die Wiedereinführung einer Verbraucherberatung, ein Miet-Spiegel (unter Beteiligung von gbg, Kreiswohnbau, Beamtenwohnungsverein), eine Kinderarzt-Sprechstunde im Familienzentrum in Drispenstedt.
- **100-Millionen-Euro-Papier:** So viel Geld kosten nach Angaben von Kämmerin Antje Kuhne die großen Vorhaben der Stadt auf dem Wunschzettel für die nächsten Jahre. Der werde kaum zu erfüllen sein, sind Räbiger und Finke sicher. Die Rettung von Menschenleben – also Ausgaben für die Feuerwehr – habe im Zweifel Vorrang vor einem Ersatz für das Wasserparadies.

Die Hälfte ist erledigt

„Ein bisschen aufs Blech hauen" wolle die Mehrheitsgruppe mit ihrer Zwischenbilanz, sagt Grünen-Sprecher Ulrich Räbiger selbstironisch. Die reinen Zahlen geben das Eigenlob durchaus her: Rund 25 Punkte stehen in der Vereinbarung, die sich SPD und Grüne beim Start vor zweieinhalb Jahren mit dem damaligen Partner Andreas Marx vorgenommen haben – etwa die Hälfte der Liste ist abgearbeitet. Die Stadt bezieht Öko-Strom, hat nun einen Demografie-Ausschuss und einen Migrationsbeirat, Kulturloge und Kulturdialog sind gegründet, die Rekonstruktion weiterer Alt-Hildesheimer Häuser mit städtischen Mitteln ist verhindert worden. Die Beteiligung der Einwohner an politischen Entscheidungen sehen SPD und Grüne auch durch den (gescheiterten) Bürgerhaushalt erfüllt, die Zusammenarbeit mit dem Kreis sei ausgebaut worden. TfN und Kufa bestehen noch – wie es sich die Mehrheitsgruppe vorgenommen hatte. br

Kaum Spielraum

KOMMENTAR

VON RAINER BREDA

Auch wenn es mancher im konservativen Lager anderes erwartet hatte: Hildesheim ist nach dem Machtwechsel von Schwarz-Rot zu Rot-Grün vor zweieinhalb Jahren nicht untergegangen. Die hohen Schulden ließen (und lassen) allerdings kaum Raum für Umwälzungen, der Entschuldungsvertrag mit dem Land verbietet der Stadt jedwede Luftschlösser. Der Spielraum reicht eben nur, um ein paar Akzente zu setzen, das haben SPD und Grüne vor allem sozialpolitisch getan. Ihre finanzpolitische Reifeprüfung bestanden die Partner in dieser Woche: Dass ausgerechnet sie eine Wohltat wie die Senkung der Kita-Gebühren verhindern, weil die Rechnung des Oberbürgermeisters für sie nicht aufgeht, hätte ihnen vor drei Jahren vermutlich kaum jemand zugetraut und sich ihre Wählerschaft wohl anders vorgestellt. Es stimmt, Rot-Grün kann bislang mit sich zufrieden sein, auch die Turbulenzen um den ersten Mehrheitsbeschaffer Andreas Marx und seinen Nachfolger Ortwin Regel haben die Partner unbeschadet überstanden.

In der zweiten Hälfte der Wahlperiode kann es allerdings ungemütlicher werden. Auch, wenn es die Mehrheitsgruppe noch nicht recht wahrhaben mag: Der neue Oberbürgermeister, wenngleich von ihr mit ins Amt befördert, steht dem bürgerlichen Lager weltanschaulich und politisch näher. Das muss für die praktische Arbeit in einer Kommunalvertretung, in der es weniger um Ideologie und vielmehr um Sachfragen geht, nicht immer etwas heißen. Das kann es aber.

Ungemach könnte Rot-Grün zudem aus den eigenen Reihen drohen: Wenn sich Pirat Regel weitere öffentlichkeitswirksame Patzer erlaubt, könnte er trotz seines politischen Talents – wie zuvor Marx – zur Belastung werden. Dann an ihm festzuhalten, weil sonst die Mehrheit futsch wäre, würde der rot-grünen Glaubwürdigkeit schaden. Es wird eine spannende zweite Halbzeit im Rat.